

**Fraktion Liste Solidarität  
Marktplatz 4  
Stadtverordneter Bernd Heyl  
65428 Rüsselsheim**

Rüsselsheim, 3.3.2005

An den Magistrat  
über das Büro des  
Stadtverordnetenvorstehers

Z. Hd. Frau Breunig

**Betrifft: Kinderfreundliches Rüsselsheim**  
**Hier: Kosten für SchülerInnenbeförderung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Hinblick auf die aktuelle Diskussion um ein kinderfreundliches Rüsselsheim und im Vorfeld der Anmeldungen der Fachämter und Dezernate zum Entwurf für den städtischen Haushaltsplan 2006 stellt die Stadtverordnetenversammlung fest, dass Rüsselsheim von der in der Neufassung des Hessischen Schulgesetzes in § 161, Absatz 11 eingeräumten Möglichkeit der Erhebung eines von den Eltern oder der Schülerin oder dem Schüler selbst zu tragenden Eigenanteils an den Kosten der Schülerbeförderung keinen Gebrauch machen wird.

**Begründung:**

Die in zahlreichen Studien belegte hohe Selektivität des deutschen Schulwesens speist sich aus zahlreichen Quellen und Faktoren. Neben der schichtenspezifischen Benachteiligung durch das dreigliedrige Schulsystem spielen die nicht gesellschaftlich getragenen Kosten der Schulbildung eine Rolle. Hier sind unter anderem der Kauf von Heften und anderen Materialien für den Unterricht ebenso zu nennen wie die private Anschaffung von Lektüren und die Erhebung von Kopiergeld. Durch die Novellierung des Hessischen Schulgesetzes ist zu dieser schleichenden Aushöhlung der Lernmittelfreiheit eine weitere Möglichkeit zur Belastung von Schülern und Familien getreten, nämlich die Erhebung eines Eigenanteils an den Kosten der Schülerbeförderung.

Diese von der Landespolitik vorgegebene Möglichkeit steht im krassen Gegensatz zu der bundesweit geführten Debatte über die Verringerung schichtenspezifischer Benachteiligung im deutschen Bildungswesen. Im Vorfeld der OB- und Kommunalwahlen diskutiert Rüsselsheim verstärkt über die Zielsetzung Rüsselsheim als kinderfreundliche Stadt auszubauen. In diesen Kontext passt es nicht, wenn von der Möglichkeit von Schülerinnen und Schülern einen Eigenbeitrag zur Fahrt zur Schule zu erheben Gebrauch gemacht wird. Rüsselsheim sollte hier auch in Richtung Landesregierung ein klares Signal setzen.

Für die Liste Solidarität

Bernd Heyl

**Fraktion Liste Solidarität  
Marktplatz 4  
Stadtverordneter Bernd Heyl  
65428 Rüsselsheim**

Rüsselsheim, 3.3.2005

An den Magistrat  
über das Büro des  
Stadtverordnetenvorstehers

Z. Hd. Frau Breunig

**Betrifft: Kinderfreundliches Rüsselsheim  
Hier: Senkung der Kita-Gebühren**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim wird beauftragt bereits im Vorfeld der Debatte zum Haushalt 2006 ein Konzept zu erarbeiten, wie die Senkung der Kita-Gebühren ohne Personalabbau, Erhöhung der Gruppengröße, Schließung einzelner Einrichtungen und anderer Qualitätseinbußen erreicht werden kann.

**Begründung:**

Im Vorfeld der OB-Wahl wurde angekündigt, dass die Kita-Gebühren im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2006 um 30% gesenkt werden sollen. Ein solcher Schritt ist nach Auffassung der Liste Solidarität längst überfällig und entspricht den seit langem erhobenen Forderungen von Elternverbänden und Gewerkschaften, die verstärkt nach der Veröffentlichung der ersten Pisa-Studie auf den dringend gebotenen Ausbau der Kindertagesstätten zu kostenfreien Bildungseinrichtungen hingewiesen haben. Wenn die Politik heute, also nach vier Jahren öffentlicher Debatte – sei es in Kassel, sei es im Saarland oder sei es in Rüsselsheim – auf dieses Gebot der Stunde zaghaft reagiert, dann ist dies zu begrüßen. Die Liste Solidarität weist jedoch darauf hin, dass zwischen der Veröffentlichung der ersten Pisa-Ergebnisse und dem Jahr 2005 im Zuge der Haushaltskonsolidierung auch die Kitas von Einsparmaßnahmen betroffen waren, die nicht ohne Qualitätseinbußen durchzusetzen waren.

Die Liste Solidarität forderte übrigens bereits in ihrem Programm zur Kommunalwahl 2001 die Absenkung der Kita-Gebühren, "damit es vor allem für kinderreiche Familien und Alleinerziehende keine Belastung ist, ihre Kinder in die Kita zu schicken." Wir halten den jetzt von rotgrün in die Diskussion gebrachten Vorschlag also für richtig, werden aber sehr genau darauf achten, dass die Finanzierung nicht durch Umschichtungen und Einsparmaßnahmen, also Qualitätsabbau, im Sozial-Kultur- und Bildungsbereich erfolgen.

Um dies zu gewährleisten und entsprechende Schritte gründlich diskutieren zu können, hält es die Liste Solidarität für unabdingbar, dass die Senkung der Kitagebühren bereits vor der Haushaltsdebatte geklärt und besprochen wird, da im extrem knappen Rahmen der Haushaltsdebatte die Zeit für gründliche Beratung fehlt.

Für die Liste Solidarität

Bernd Heyl